

Mutts in Dresden.
Nach dem Beschließen des von den Kommunisten veränderten Generalkonvents herrscht auch gesehrt in Dresden vollkommene Ruhe. Die Kommandantur hat, wie Wolffs Sächs. Landbesitzer meldet, erhöhte Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Wachen der öffentlichen Gebäude wurden erheblich verstärkt. Besonders die der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke. — Bei der Sonntagversammlung der Kommunisten auf den Dresdner Elbdeich waren übrigens nicht, wie irrtümlich gemeldet, 12 000 bis 15 000 Personen beteiligt, sondern nur etwa 1200 bis 1500.

Der Streik in Westböhmen
hat bisher keine Abschwächung erfahren. Die Forderungen sind nicht erreicht, da die Streikende Neubiederitzsch-Vielbach verkehrsunfähig gemacht ist. Trotz des in Eisenach bestehenden Streiks verkehren die Züge über Eisenach in Richtung Frankfurt a. M.—Kassel. Der Drahtverkehr mit den mittelhessischen Städten ist unterbrochen. In Westböhmen sind Streiks größerer Ausdehnung nicht zu befürchten.

Zur Befreiung Königberg.
Auf dem Sachheim haben sich Matrosen und Spartaisten in großer Zahl versammelt. Sie haben an der Stollbergstraße, die sich zum Teil ebenfalls an dem bewaffneten Widerstand gegen die Regierungstruppen beteiligt, einen Rückhalt. Die Regierungstruppen haben den Stadtteil abgeperrt. Die Entlassung ist bereits teilweise durchgeführt. Die Verhaftungen sollen bei den Spartaisten erheblich sein. Eine spätere Meldung besagt, daß auch der Sachheim in der Hand der Regierungstruppen ist.

Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes.
Die Reichsregierung hat beschlossen, dem Staatesaushaus sofort ihre Entwürfe zu einem Sozialisierungsgesetz und zu einem Gesetz über die Kohlenwirtschaft zur Einbringung an die Nationalversammlung vorzulegen. Zugleich hat die Reichsregierung beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes über die Kohlenwirtschaft auszuarbeiten, das dieses Gesetz auf gemeinschaftlicher Grundlage regeln wird. Der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes enthält 4 Paragraphen. Nach dem ersten soll jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Bei Arbeitslosigkeit wird ihm der Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt. Nach dem zweiten Paragraphen sollen wirtschaftliche Unternehmungen und Betriebe, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte in die deutsche Gemeinwirtschaft übergeführt werden. Im § 3 heißt es: Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Nach § 4 wird in Ausführung der in § 2 vorgesehenen Befugnis ungenutzt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung der Braunkohle, Wasserkraften und ähnlichen natürlichen Energiequellen sowie der aus ihnen fließenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Das der Nationalversammlung zugehende Gesetz wird heute veröffentlicht. — Das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft bestimmt u. a.: Kohlen im Sinne dieses Gesetzes sind Steinkohlen, Braunkohlen, Brehmböden und Koks. Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsleitung scheidet die Kohlenzeugeter für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverbande zusammen. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht der Reichsregierung und des Kohlenrates ob. Die Reichsregierung regelt die Feststellung der Preise. Vor der Regelung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft zu berufen, der aus 45 Mitgliedern besteht. Je 15 Mitglieder sind nach näherer Bestimmung der Reichsregierung von den Arbeitgebern- und Arbeitnehmergruppen und den Arbeitskammern zu wählen. Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes und kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis 100 000 M., im Wiederholungsfalle außerdem bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden. Das Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetze in Kraft.

Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung wurde um 3 1/2 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Abg. Dr. Kaehn (Deutsche Vp.) fragt nach den Schritten der Reichsregierung, um die sofortige Befreiung der vom Feinde zur Verantwortung gezogenen deutschen Werkstätten zu bewirken, die während des Krieges von der deutschen Herrschaftsverwaltung in den besetzten Gebieten Industriematerial angekauft haben. Ein Regierungskommissar erwidert, daß bei den Alliierten mehrfach Einspruch gegen die Befreiungen erhoben wurde. Ein endgültiger Beschluß ist bisher nicht erfolgt. Die Abg. Arnstadt (Deutschnat.) und Genossen fragen, was die Regierung zur Befreiung des Papiermangels für die deutsche Presse tun will. Reichswirtschaftsminister Wiffel: Eine befriedigende Papierversorgung der Presse wird erst dann möglich sein, wenn das deutsche Wirtschaftsleben wieder in einigermaßen geordneter Bahnen zurückkehrt. Abg. Dohle (Deutschnat.) fragt wegen unzureichender Befreiung mit künstlichen Dünge-mitteln. Reichsminister Schmidt: Die Reichsregierung ist bemüht, von den Alliierten die Freigabe der Produktion aus den besetzten Gebieten zu erlangen, und tut auch sonst alles in ihrer Macht Stehende. Hierauf wird die Beratung des Verfassungsgesetzes fortgesetzt.

Abg. Henke (Unabh.): Der kapitalistische Charakter der Verfassung zeigt sich darin, daß Enteignungen nur gegen Entschädigungen zulässig sein sollen. Die Arbeiter leben in dem allgemeinen Wahnsinn nicht ein Mittel, das sie von allem Elend befreien könnte. Sie wissen ein besseres, ihr Interesse wahrzunehmen: die Arbeiter- und Soldatenräte. Wir fordern mit allem Nachdruck, daß dem Räteystem auch in der Verfassung ein Recht werde. Erst wenn die Arbeiter sehen, daß dem Uebel an die Wurzel gegangen wird, werden sie zufrieden sein können. Sie werden wohl darübergehend niedergeschlagen werden, aber sie werden mit immer größerer Kraft wieder aufstehen. — Abg. Sirejmann (Deutsche Vp.): Was der Redner erhebt, ist eigentlich der vollkommen verfassungsförmige Zustand. Eine solche ist durch alle unsere Verhandlungen als Kernpunkt, das Problem Preußen-Deutschland. Da hört man immer wieder die bestigen Angriffe gegen Preußen. Gegen die Sonderrechte der süddeutschen Staaten ist man viel zurückhaltender. Da der Einheitsstaat mit Zwängen unumgänglich ist, bleibt nur übrig die Aufrechterhaltung der Bundesstaaten, denen man aber auch die Möglichkeit der Entfaltung ihrer Eigenart geben müsse. Für die Kohlenwirtschaften innerhalb Preußens heißt es: Widerstehet den Anfängen! Man lasse Preußen wie es ist. Eine Degeneration ist nicht mehr vorhanden. Redner verweist in der Verfassung eine Bestimmung zum Schutze der Deutschen im Auslande, da in den nächsten Jahren viele Deutschland verlassen müssen. Weiter verweist er Bestimmungen über das Recht auf Bildung und Erziehung sowie über das Siedlungsrecht. Der Gedanke einer sozialen Parlamentarisierung erscheint ihm durchaus erwägenswert. Aber dieses berufständische Parlament dürfte keine vollziehende Gewalt haben, sondern hätte nur vorbereitende Arbeiten zu leisten. Die Vorstufe dazu sei vielleicht die Arbeitsgemeinschaft zwischen Großindustrie und Gewerkschaft. — Reichsminister Dr. Davids: Ich habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, als ob man über die Kritik des Großen, Gute und Wertvolle vergißt, das uns diese zum Verfassung bringt. Die republikanische Staatsform

ist doch keine Kleinigkeit. Wir haben die demokratische Republik, in der die höchste Staatsgewalt beim Volke liegt, und unter Wahrung der Demokratie ist in irgendeinem anderen Lande. Jetzt erst hat die Regierung die volle Verantwortung vor dem Volke. Jetzt erst haben wir eine wirkliche Reichsregierung. Ich freue mich, daß im Großen und Ganzen in der Nationalversammlung ein Zug zu einer möglichst weitgehenden Beteiligung und starken Zentralgewalt des Reiches zum Ausdruck gekommen ist. Auf der Arbeiterdemokratie ruht der feste Zusammenhang des Reiches und sie wird ihn tragen. Dazu ist allerdings nötig, daß neben der politischen Demokratie nun auch die wirtschaftliche ihren Einzug hält, die auch im Verfassungswerk zu verankern ist. Aber der Sozialismus, der den Menschen mit Maßnahmen gegenüber aufgezogen werden soll, den man mit Recht bezeichnet als den „Sozialismus aliatens“, tangt wenig. Hier hat das deutsche Volk eine nationale Weltmission zu erfüllen, sich selbst zum Heile und anderen Völkern zum Vorbild (Leb. Beifall.) Die Verfassungsvorlage wird einem Ausschusse von 28 Mitgliedern überwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr. Plenarinterpellation. Schluß 6 Uhr 10 Min.

Sächsische Volkstammer.

D. S. J. Dresden, den 4. März 1919.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Interpellation der Abgeordneten Wähler, Dr. Kaiser, Dr. Koch und Dr. Reichhammer, die Versorgung Sachsens mit Nahrungsmitteln betreffend, begründet

Abg. Wähler (D. S. V.) die Interpellation. Der Hungerzustand hätte mindestens dann beseitigt werden müssen, wenn die barbarische Blockade ein Ende zu machen. In ganz besonderer Weise hätten wir in Sachsen in unseren Großstädten und Industriengebieten an Nahrungsmittelnot leiden sollen. Er weist dann an der Hand von Zahlen aus Dresden das Steigen der Sterblichkeit infolge von Nahrungsmittelnot nach, wonach eine erhöhte Sterblichkeit bei Neugeborenen 60 Jahren und bei kleinen Kindern eingetreten ist, und wonach ferner die Erkrankungen an Lungentuberkulose beträchtlich zugenommen haben. Die Fortdauer der Ernährungsnotlagenen führe zu großen Sorgen ein, aber es sei dem Landesparlament und dem Reichsministerium eine Unmöglichkeit, diesen Zuständen hilflos zuzusehen. Er geht dann auf die wichtigsten Gebiete der Ernährung ein, auf die Versorgung mit Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Fett, Fisch, Nudeln und Eiern und stellt dabei eine große Reihe von Fragen an die Regierung, was sie gegen die Mängel zu tun gedenke, die sich bei der Nahrungsmittelversorgung Sachsens herausgestellt haben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Interpellation des Abg. Dr. Roth und Gen., die Kartoffeln betreffend, befragt Abg. Dr. Roth (Dem.), daß der Kartoffelmarkt auszunutzen der Gemüsenotwendig benachteiligt worden sei. Nicht nur die Großstädte, sondern auch die Mittel- und Kleinstädte litten unter der Kartoffeln- und anderen Ernährungsnotlagenen. Redner befragt einsehen verschiedene Möglichkeiten, die sich bei der Beschaffung von Lebensmitteln durch Stadtverwaltungen herausgestellt haben.

Zu Punkt 3, allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Arzt u. Gen. wegen Aufhebung der Blockade bespricht

Abg. Welfisch (Soz.) die heutigen Zustände, den Mangel an Kohlen und die Hungersnot, die eine Folge des Krieges und vor allem der noch nicht aufgehobenen Blockade seien. Er protestiert mit Nachdruck dagegen, daß die Sieger sich das Recht anmaßen, ein 65 Millionen-Volk wirtschaftlich vollständig zu Grunde zu richten und auszulagern. Ein einflussreicher Minister habe gesagt, die Blockade würde erst dann aufgehoben werden, wenn es feststände, daß Deutschland nicht wieder Krieg beginnen könne. Die Regierungen der feindlichen Länder wüßten doch ganz genau, daß wir garnicht im Stande seien, nochmals in den Krieg zu ziehen. Wo bliebe da die Stimme der Empörung der ganzen zivilisierten Welt? (Sehr laut!) Der Feind solle sein Spiel nicht zu weit treiben, es könnte sein, daß unser Untergang das Grab an seinem eigenen wird. (Sehr richtig!) Die Feinde hätten wohl die Macht gehabt, uns zu besiegen, aber sie hätten kein Recht, ein besiegtes und wehrloses Volk zu vernichten. (Bravo!)

Ramens der Staatsregierung gibt Arbeitsminister Schwara seine Zustimmung zum Antrag Arzt und Genossen für die Aufhebung der Blockade, bittet die Kammer in diesem Sinne zu beschließen und den Beschluß der Staatsregierung zu unterbreiten. Zum Antrag des Abg. Dr. Roth über die Kartoffeln wendet sich der Minister in entscheidender Weise gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Roth und betont, daß das Interesse des gesamten sächsischen Volkes wichtiger sei als das Interesse eines einzelnen Bezirkes. In der Interpellation des Abg. Wähler, die Versorgung Sachsens mit Lebensmitteln betreffend, sei es ihm unmöglich, alle 31 gestellten Fragen zu beantworten. Jedenfalls müße und werde seitens der Regierung alles getan, um die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Entente anbelangt, so seien die ersten Lieferungen bereits in Rotterdam eingetroffen. Weiter nimmt der Minister ganz energisch Stellung gegen die von sächsischen Landwirten der Regierung überreichte Forderung der Aufhebung des Wahlzwanges, der Schließung von Ausfuhrungen, Preisverböten von Getreide, Abgabe von Futtermitteln usw. Weiter spricht er über den Antrag des Reichshandels und glaubt, wenn etwa nur 50% der Nahrungsmittelmenge, die im Schleichhandel vertrieben werden, den Nationen zugeführt worden wären, hätten wir mit den kriegführenden Nationen auskommen können. Andere Landwirte seien eben durch den Krieg verdrängt worden. Sollte es zu einem Streik der Landwirtschaft kommen, so werde er sich für seine Person an keinen Gesetzesparagraphen halten, sondern ohne weiteres seine Zustimmung zur Enteignung des Grund und Bodens geben; denn was der Boden ertrage, gehöre dem Volke! (Lebhaftes Bravo!)

Hierauf nimmt die Kammer alle drei Anträge an und es folgt die Aussprache. Abg. Dr. Kraft (Dem.) erhebt die Regierung um Maßnahmen im Interesse der Förderung der Kartoffelerzeugung. Die Anbaufläche für Kartoffeln dürfe in Sachsen zu Gunsten des Gemüsebaues nicht noch weiter zurückgehen, sondern müsse entsprechend vergrößert werden. Abg. Wiffel (Unabh.) macht lange Ausführungen über die Ursachen der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Er wird durch zahlreiche Zwischenrufe unterbrochen, auf die er stets sofort antwortet, und wird infolgedessen vom Präsidenten Fröhdorf erucht, sich kürzer zu fassen. — Abg. Frau Wagner (Soz.) führt aus, daß besonders die Hausfrauen und Mütter unter den Lebensmittelnotlagenen zu leiden hätten. Die Frauen seien nicht empfindlich, weil es zu wenig Nahrungsmittel gäbe, sondern weil dieselben ungerecht verteilt würden. (Sehr richtig!) Deshalb verlange sie, daß die gesamten Vorräte an Lebensmitteln vertrieben werden würden und die Nationalisierung derselben weiter ausgedehnt werden könne und bittet die Regierung, darin recht hart zu sein. (Bravo!) — Abg. Schmidt-Freidberg (D. Nat.) betont, daß er eine sachliche Ausführung zu den Interpellationen seitens der Regierung vermissen. Er bezeichnet einige von den Rednern gegen die Landwirtschaft erhobene Anschuldigungen als grundlos, widerlegt dieselben und tritt für die Aufhebung der Zwangsverpflichtung ein. — Abg. Frau Zalling (Dem.) behauptet, daß die Zahl der Frauen in diesem Hause zu gering sei, um sich zu einem gemeinsamen Protest gegen die Blockade zusammenzuschließen. Sie verweist weiter die Schritte, die von ganz links stehender Seite gegen die Reichsregierung und die Na-

tionalversammlung gemacht würden in einer Zeit, wo die Hungersnot am Lebensnerve des Volkes nagt. Es sei dies ein Verbrechen am Volke. (Bravo!) — Abg. Müller-Teubitz (Unabh.) macht noch weitere Mitteilungen im Hinblick an die Ausführungen seines Parteifreundes Wiffel. Es sprechen weiter noch mehrere Abgeordnete und einige Delegationsvertreter bei nahezu leerem Hause. Die vom Präsidenten verteilte Rundschreibung betreffs Aufhebung der Blockade wird angenommen. Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Zur Lage.

Ein Appell an Frankreich. „Journal de Geneve“ richtet einen leidenschaftlichen Appell an Frankreich, bei der Festsetzung der neuen deutsch-französischen Grenze alles zu vermeiden, was die Sicherheit Europas gefährden könnte. Das Blatt nimmt das Recht in Anspruch, als Blatt eines neutralen Staates einer kriegführenden Macht Platz zu erteilen, umso mehr als die Schweiz in absehbarer Zeit dem Völkerbunde beitreten würde.

Churchill für schleunigen Frieden. Dem „Telegraph“ zufolge erklärte Churchill im Unterhaus, daß die Zeit gekommen sei, Deutschland die Friedensbedingungen schicklich aufzulegen. Nachdem diese Bedingungen angenommen worden seien, könne mit der Verlegung Deutschlands begonnen werden. Deutschland sei dem Verbündeten nahe und drohe, aufzuspringen. Jetzt sei der Augenblick zur Tat gekommen.

Deutsches und Sächsisches.

Mela, den 5. März 1919.

Lebensmittelversorgung. Vom 7. tausenden Monats ab kommen laut Bekanntmachung in vorliegender Nummer auf Absatz III der grünen und roten Nahrungsmittelkarte I Weizenmehl, auf Absatz III der grünen und gelben Nahrungsmittelkarte I Graupen, sowie auf Absatz III der gelben Warenbezugsliste III Warmmelde zur Verteilung.

Rieser Bank. Die 15. ordentliche Generalversammlung der Rieser Bank findet laut Anzeige in dieser Nummer am 29. bis 31. März statt, worauf wir aufmerksam machen. Die Gesellschaft hat im vergangenen Jahre wieder gut gearbeitet, so daß sie in der Lage ist, die bisherige Dividende von 8 1/2 Prozent zahlen zu können. Die Aktionäre erfahren dabei wie früher realistische Zuwendungen. Der Umsatz ist wieder ganz erheblich gestiegen. Das Aktienkapital soll von 1 1/2 auf 2 Millionen Mark erhöht werden, worüber die Generalversammlung zu beschließen haben wird.

Gewerbevereins-Versammlung. In der heutigen Verammlung des Gewerbevereins wird der Vorsitzende, Herr Werner aus Dresden, einen Vortrag halten über die Versicherungsanstalt der sächsischen Gewerbevereine u. a. in Dresden. Diese Anstalt, die für den selbständigen gewerblichen Mittelstand gegründet ist, umfasst Kranken- und Unfall-, Lebens-, Sterbegeld- und Kinder-Versicherung. Da es sehr viele Gewerbetreibende gibt, die keiner Ortskrankenkasse angehören, ist Gelegenheit geboten, sich über die Einrichtungen in genannter Klasse zu informieren. Es sei daher ein jeder, auch Nichtmitglieder, auf diesen Vortrag aufmerksam gemacht.

Die künstlerische Schaubühne beginnt am kommenden Sonntag ihre diesigen Vorstellungen mit der Aufführung von Schopenhauer's „Weisheit“. Die „Dresdn. Volkszeitung“ urteilt über das Unternehmen wie folgt: Direktor Maximilian Rens hat seine künstlerische Kraft in den Dienst eines Theaterunternehmens gestellt, was ausdinersprechend ist. Nur mit einer guten Truppe und entsprechenden Sölden sind in kleineren Städten erfolgreich, mühevollere Darbietungen zu bewerkstelligen. Die erste Vorstellung des Ensembles im Landeshausetheater hinterließ einen durch aus künstlerischen Eindruck. Direktor Rens und seine Gattin Franziska Rens-Gilbert haben bereits früher Lothar Schmidt's nettes Lustspiel „Rur ein Traum“ gespielt und durch Frische, Charme und vollkommene Beherrschung des Lustspielens eine ganz vortreffliche Wirkung erzielt. Trotz merkbarer Erkrankung des Herrn Rens wirkte auch diesmal die Aufführung frisch und gefällig — das Zusammenspiel guter Kräfte war ausgezeichnet in Sicherheit und Tempo. Beide in Dresden und umgebenen Dörfern wurden durch warmen Beifall ausgezeichnet.

Warenaustausch zwischen Sachsen und Böhmen. Die Handelskammer Dresden ersuchte dem Ministerium einen Bericht darüber, in welchen Waren troben seit langem bestehenden Förderungsverhältnissen die Ausfuhr nach Böhmen nach einermäßigem aufrechterhalten werden konnte und umgekehrt, welche böhmischen Boden- und Industrie-Erzeugnisse in der letzten Zeit noch in nennenswerten Mengen eingeführt worden sind. Die Feststellungen der Kammer ergaben, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von einem regelmäßigen, verlässlichen und belangreichen Warenaustausch zwischen Sachsen und Böhmen nicht mehr die Rede sein kann. Er erstreckt sich auf einige wenige Waren, und, da im allgemeinen nur Postpaketverkehr stattfindet, umfaßt er auch von diesen wenigen Waren nur geringfügige Mengen.

Reisegepäckversicherung. In nächster Zeit gelangen bei den Gepäckversicherungen der sächsischen Staatseisenbahnen Reisegepäckversicherungs-Police der Europäischen Güter- und Reisegepäckversicherungs-A. G. zum Verkauf, durch deren Abgabe das gesamte Hand- und ausgegebene Gepäck eines Reisenden für die Dauer von 30 Tagen in einer vom Versicherer angegebenen Höhe innerhalb ganz Europas, also auch außerhalb des Eisenbahngewaltbereichs, versichert wird. Die Versicherungsgebühren betragen 5 Mark für je 1000 Mark, bis auf weiteres sind jedoch angesichts der herrschenden außergewöhnlichen Verhältnisse die dreifachen Gebühren, also 15 Mark für 1000 Mark zu entrichten.

Gruba. Im hiesigen Bahnhof kommt Dienstag abend durch das Sächs. Feimat-Theater die Operettennovität „Wer nicht in der Jugend liest“ von Heindorf, Musik von Gilbert, zur Aufführung.

Kohlen. Während einer Verhandlung im hiesigen Amtsgericht gegen den 20-jährigen Fleischergehilfen Emil Schumann aus Hohnein zog der Angeklagte ein Fleischermesser aus der Tasche und stieß es sich zum Schrecken des mitanwesenden Vaters und des amtierenden Amtsgerichtsrates in die Brust. Tödlich getroffen sank der junge Mann zu Boden.

Blauen. Von den beim Sporkampfpokal aus dem Gefängnis befreiten Strafgefangenen sind der Schaf- und Schweinehirt Andreas Spödel nebst Sohn wieder festgenommen worden. Außerdem gelang es, Lang, das Haupt der Einbrecherbande Lang und Genossen, sowie seine Geliebte Elisabeth Koni Wittig, früh in der Wohnung der Letzteren zu verhaften. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Lang auch an dem in der Zweigverfassung der Wänerer Milchverarbeitung, Schlittenstraße, verübten Einbruchsdiebstahl beteiligt gewesen ist, bei dem 50 Pfund Butter, die zur Verteilung an die Bevölkerung bestimmt waren, gestohlen wurden. Wittig, die Geliebte Langs, hatte an den in einer Villa in der Reichherstraße und beim Tröbder Kuzinski erfolgten Wänerungen teilgenommen. Es wurden Schätze bei ihr vorgefunden, die sie im Laden des Tröblers geklaut hatte. Im ganzen sind von den 67 Gefangenen, die am 24. Februar aus der hiesigen Gefangenenanstalt befreit worden waren, bisher 20 wieder hinter Schloß und Riegel gebracht worden.